



Stadt Zofingen

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode 2006/09

1. Sitzung

Montag, 17. März 2008

17.30 – 20.08 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Käthi Hagmann, Ratspräsidentin

Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

39 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- Catrin Friedli-Accola, Stadtschreiber-Stv.
- Thomas Gloor, Leiter Stabsdienste
- René Küng, Leiter Finanzen
- Lukas Reichmuth, Bauverwalter-Stv.
- Werner Ryter, Bauverwalter

Entschuldigungen

- Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin (sofortiger Rücktritt)

<u>Traktanden</u>	<u>Seite</u>
1. Inpflichtnahmen	
Inpflichtnahme von Claudia Hauri (FDP), Marcel Murri (SP), Benno Riss (SP), Liz Ruch (SP) sowie Markus Schär (FDP)	234
2. Mitteilungen	234
3. Ersatzwahlen	
GK 118 Ersatzwahl des Präsidenten/der Präsidentin der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2006/09 (Ersatz für Rolf Moor, FDP)	236
4. Einbürgerungen	
GK 131 9 Einbürgerungsgesuche	238
–	
GK 139	
5. Kreditbewilligungen	
GK 140 Zusatzkredit für den Abschluss der Sanierung von Volière und Wasserteil „Trottenweiher“ (inkl. WC-Anlage und Verbindungstreppe)	239
6. Gemeindegemeinschaften	
GK 141 Machbarkeitsabklärung Zusammenschluss der Gemeinden Zofingen und Uerkheim – Auftragserteilung und Kreditbewilligung	246
7. Parlamentarische Vorstösse	
GK 125 Interpellation der SP-Fraktion vom 22. Oktober 2007 betr. „Benutzerfreundliche Schalteröffnungszeiten“ (Begründung und Beantwortung)	250
GK 126 Motion der FDP-Fraktion vom 22. Oktober 2007 betr. Änderung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates (Begründung und Beantwortung)	250
GK 128 Interpellation der FDP-Fraktion vom 26. November 2007 betr. „Haben Hallensportarten in Zofingen eine Zukunft?“ (Begründung und Beantwortung)	251
GK 129 Interpellation der CVP-Fraktion vom 26. November 2007 betr. Unterführung Strengelbacherstrasse (Begründung und Beantwortung)	253
8. Umfrage	253

Begrüssung

Fr. Käthi Hagmann, Ratspräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Kaderleute der Verwaltung, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur ersten Sitzung im Jahr 2008.

Vor der Behandlung der ordentlichen Geschäfte hat die Vorsitzende noch einige Worte in eigener Sache: Natürlich ist sie gespannt und auch ein wenig nervös. Sie hofft, es sei nicht allzu offensichtlich. Tritt man ein solches Amt an, macht man sich im Vorfeld logischerweise einige Gedanken, was in den nächsten zwei Jahren auf einen zukommen könnte. Wird man den Ratsbetrieb meistern? Wie soll man es anpacken? Wo könnten Schwierigkeiten auftauchen? Für sie als Präsidentin wäre es am einfachsten, wenn alles vorhersehbar wäre, möglichst wenige Zusatz-, Eventual-, Ordnungs- oder sonstige Anträge kämen und sie diese Sitzung nach Manuskript durchziehen könnte. Dem steht aber ihr Wunsch nach einem lebendigen Ratsbetrieb entgegen. Dazu gehören Spontaneität, Diskussion und ein verbaler Schlagabtausch. Sie wünscht sich ein selbstbewusstes Parlament, das seinem Titel als Volksvertreter Ehre macht. Sie weiss, dass es nicht für jeden gleich einfach ist aufzustehen, zum Rednerpult zu gehen und dort seine Meinung zu vertreten, mit welcher er möglicherweise völlig alleine dasteht. Es fällt ihr manchmal jetzt noch schwer. Aber man sollte den Mut haben, auch einmal falsch zu liegen, oder sogar einen Blödsinn zu erzählen. Dies passiert auch in der obersten Liga der Politik immer wieder. Um einen lebendigen Betrieb zu erreichen, könnte vielleicht auch an der Sitzordnung etwas geändert werden. Eine Sitzordnung, bei welcher jeder jeden sieht, man untereinander Blickkontakt hat und die Vorderen nicht verschämt über die Schulter schauen müssen, wenn es um die Abstimmungen geht. Dies würde vielleicht ein lebhafteres Debattieren unterstützen. Sie wird sich zusammen mit dem Ratsbüro und Walter Jöri dazu noch einige Gedanken machen und einen Vorschlag bringen. Dass bei einem lebhafteren Ratsbetrieb Anstand und gegenseitiger Respekt erhalten bleiben, ist eine Selbstverständlichkeit. Dies setzt sie auch bei den Einwohnerratsmitgliedern voraus. In diesem Sinne wünscht sie allen zwei interessante Jahre mit Entscheidungen, welche die Stadt Zofingen weiterbringen.

Art. 89

Inpflichtnahmen

Die Vorsitzende ruft die neuen Mitglieder des Einwohnerrates in alphabetischer Reihenfolge auf und bittet diese, für die Vereidigung nach vorne zu kommen. Es sind dies Claudia Hauri (FDP), Marcel Murri (SP), Benno Riss (SP), Liz Ruch (SP) sowie Markus Schär (FDP).

Während der Inpflichtnahme durch den Ratssekretär werden alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, gebeten, sich von ihren Plätzen zu erheben.

Der Ratssekretär verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Das Amtsgelübde wird von den fünf neuen Mitgliedern durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“ geleistet.

Die Vorsitzende gratuliert den neuen Mitgliedern zur definitiv erfolgten Aufnahme in den Einwohnerrat und wünscht ihnen viel Befriedigung bei der verantwortungsvollen Aufgabe.

Mitteilungen

Zwei Mitglieder des Einwohnerrates haben zu Handen des Ratsbüros ihren Rücktritt bekannt gegeben. Es sind dies Yolanda Senn Ammann (SP) und Christoph Dombrowsky (DYM/EVP).

Der Rücktritt von Yolanda Senn Ammann erfolgt per sofort. Dadurch entsteht eine Vakanz bei der FGPK. Das Ratsbüro hätte an der heutigen Sitzung gerne die Ersatzwahl vorgenommen. Die SP-Fraktion sah sich aber bis heute nicht in der Lage, eine Person zu nominieren. Deshalb erfolgt die Ersatzwahl an der Mai-Sitzung.

Yolanda Senn Ammann ist am 1. Januar 1998 in den Einwohnerrat eingetreten. Ab 15. März 2004 bis 31. Dezember 2005 war sie Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und seit dem 1. Januar 2006 der FGPK. Yolanda Senn Ammann war eine politisch sehr engagierte Parlamentarierin. Sie hat sich für verschiedene Belange, aber hauptsächlich für kulturelle Anliegen, eingesetzt. Dazu ist auch ihr Einsatz vom 1. Januar 1998 bis 2. Mai 2007 in der Altstadtkommission zu zählen. Ihre kreativen und manchmal unkonventionellen Ideen haben immer Gehör gefunden, auch wenn sie nicht immer auf ungeteilte Gegenliebe gestossen sind. Yolanda Senn Ammann macht persönliche Gründe für ihren Rücktritt geltend. Die Ratspräsidentin dankt ihr für den grossen Einsatz und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft. Das obligate Geschenk wird ihr gelegentlich überreicht.

Der Rücktritt von Christoph Dombrowsky erfolgt auf Ende Juni 2008. Die Würdigung wird an der Sitzung vom 16. Juni 2008 stattfinden.

Gemäss Investitionsplan ist eine grosse Vorlage betreffend Ausbau und Sanierung Seniorenzentrum vorgesehen. Der Stadtrat empfiehlt für die Vorberatung dieser Vorlage, das heisst für den Projektierungskredit und die Kreditvorlage, die Bildung einer Spezialkommission. Das Ratsbüro hat an seiner letzten Sitzung einer Spezialkommission zugestimmt und angesichts der Grösse und Bedeutung dieses Geschäftes eine Neuerkommission festgelegt. Die Kommission setzt sich gemäss einem festen Verteilschlüssel zusammen. Entsprechend dem Beschluss des Einwohnerrates wird die auf Antrag des Stadtrates eingesetzte Spezialkommission durch das Ratsbüro in stiller Wahl gewählt. Die Kommission wird die Vorberatungen anstelle der FGPK übernehmen. Die Vorsitzende bittet in diesem Zusammenhang die Fraktionspräsidenten, ihre Nominationen bis am 28. März 2008 dem Ratsbüro mitzuteilen und sich gleichzeitig Gedanken zu machen, wer das Präsidium übernehmen könnte.

Dem Einwohnerrat wurde an der heutigen Sitzung die aktualisierte Sitzordnung sowie eine Einladung zum Tag der offenen Tür des Planet Z verteilt.

Die Protokolle der beiden letzten Einwohnerratssitzungen vom 22. Oktober und 26. November 2007 wurden noch nicht zugestellt. Der Stadtschreiber entschuldigt sich in aller Form für diese Verzögerung. Er erklärt den Verzug mit dem Personalwechsel auf der Stadtkanzlei und der allseits bekannten ausserordentlichen Zusatzbelastung in den letzten Monaten. Solche Verzögerungen sollen aber keineswegs zur Regel werden und die Protokolle werden in den nächsten 14 Tagen nachgeliefert.

Neueingänge

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation der SP-Fraktion betr. Korrekte Aktenauflage im Zusammenhang mit ordentlichen Einbürgerungen von ausländischen Staatsangehörigen
- Interpellation der SP-Fraktion betr. „StWZ, wohin?“
- Interpellation der SP-Fraktion betr. Jugendgewalt in Zofingen – Bekanntheitsgrad und Massnahmen
- Motion der SP-Fraktion betr. Verkehrskonzept
- Postulat der SP-Fraktion betr. Erhöhte Sicherheit für Schulkinder ums Gemeindeschulhaus Zofingen
- Interpellation der FDP-Fraktion betr. Zukunft Städtische Werke Zofingen

Art. 90**GK 118****Ersatzwahl des Präsidenten/der Präsidentin der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2006/09 (Ersatz für Rolf Moor, FDP)**

Nachdem an der Einwohnerratssitzung vom 26. November 2007 kein Präsident/keine Präsidentin der FGPK gewählt werden konnte, hat Philipp Hangartner in seiner Funktion als Vizepräsident die Geschäfte ad interim übernommen. Am 22. Januar 2008 hat ein Gespräch zwischen den Fraktionspräsidenten und dem Ratsbüro stattgefunden. Die Schwierigkeit, Personen für solch arbeitsintensive und verantwortungsvolle Ämter zu finden, wurde diskutiert, und es wurde nach Lösungsansätzen gesucht.

Hr. Hansruedi Hauri bestätigt, dass es nicht einfach war, für dieses anspruchsvolle und zeitintensive Amt jemanden zu finden. Es freut ihn deshalb umso mehr, dass sich Philipp Hangartner von der SVP für dieses Amt zur Verfügung gestellt hat. Er hofft, dass ihn alle unterstützen können.

Es werden keine weiteren Nominationen eingereicht, das Wort wird nicht verlangt.

Hr. Arthur Senn, Stadtschreiber, hat vorgängig ein kleines Wahlbüro, bestehend aus Daniel Schmid (FDP), Markus Schlatter (DYM) und Catrin Friedli, Stadtschreiber-Stv., organisiert.

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrates

Zahl der Anwesenden

39

Eingelegte Stimmzettel

39

abzüglich leere Stimmzettel

39

abzüglich ungültige Stimmzettel

5

1

6

In Betracht fallende Stimmzettel

33

Absolutes Mehr

17

Stimmen haben erhalten:

Philipp Hangartner (SVP), bisher Vizepräsident

gewählt

26

Vereinzelte

7

Die Vorsitzende gratuliert Philipp Hangartner zu seiner guten Wahl, dankt ihm für seine Bereitschaft, dieses anspruchsvolle Amt anzunehmen und wünscht ihm alles Gute.

Hr. Philipp Hangartner erklärt Annahme der Wahl.

Bis das Resultat der Wahl des Präsidenten der FGPK bekannt gegeben wurde, hat sich der Einwohnerrat mit dem Traktandum Einbürgerungen befasst.

Art. 91**Einbürgerungen****GK 131 bis GK 139**

Die Vorsitzende weist zur Erinnerung darauf hin, dass das Ratsbüro letztes Jahr beschlossen und bekannt gegeben hat, dass die allenfalls anwesenden Einbürgerungswilligen während der Abstimmung nicht mehr in den Ausstand treten müssen.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, möchte aufgrund der Stellungnahmen der Fraktionen zu den vorliegenden Einbürgerungsanträgen zuerst einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Diese Anmerkungen hat er innerhalb des letzten Jahres zum Teil bereits an FGPK-Sitzungen gemacht. Einige Punkte, die immer wieder zu Unklarheiten führen, wird er nun wiederholen.

Zuerst möchte er sich zum Vorwurf der unseriösen Prüfung der einzelnen Anträge durch die Einbürgerungskommission äussern und deshalb nochmals den Ablauf des ganzen Prozesses kurz beschreiben.

Nachdem die Einbürgerungswilligen einen Erstkontakt mit der Stadtkanzlei hatten, findet anschliessend ein erstes Gespräch mit dem Stadtammann statt. In diesem Gespräch geht es grundsätzlich darum, die Sprachkenntnisse, welche das Integrationsmerkmal Nummer 1 bilden, abzuklären. Sind diese nicht vorhanden, hat es gar keinen Sinn, dass die Kandidaten überhaupt in diesen Prozess einsteigen. Der Stadtammann kann es zwar nicht verhindern, aber er kann ihnen Empfehlungen abgeben. Bisher lief das immer relativ gut. Danach folgt das Gespräch mit der Einbürgerungskommission, wobei das Massgebende die Integration ist. Hauptintegrationsmerkmal sind die Sprachkenntnisse. Dies auch gemäss Kreisschreiben des federführenden Departements Volkswirtschaft und Inneres (DVI) vom 16. April 2003. Ein Kreisschreiben ist eine Anweisung. Die Einbürgerungskommission hält sich bei ihren Empfehlungen ganz genau daran.

Nach einem Erstgespräch mit der zuständigen Verwaltungsangestellten verzichten aufgrund der klar kommunizierten Vorgaben – einwandfreie Kenntnisse der deutschen Sprache, entweder Hochdeutsch oder Mundart – bereits einige Einbürgerungswillige auf das Einleiten des Verfahrens. Seit September 2007 hat der Stadtammann anlässlich dieser Gespräche sechs Gesuchstellende darauf aufmerksam gemacht, dass seiner Meinung nach, ein Antrag sinnlos ist. Alle haben es akzeptiert. Zwei weitere Einbürgerungswillige, welche er nicht überzeugen konnte, sind vor die Einbürgerungskommission getreten und wurden wegen mangelnder Sprachkenntnisse zurückgewiesen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Einbürgerungskommission konsequent nach dem Integrationsmerkmal Nummer 1, der Sprache, vorgeht. Es gibt noch zusätzliche Abklärungspunkte, welche aber sekundären Charakter haben.

Zweiter Punkt sind Nichteinbürgerungen von Ehefrauen zusammen mit ihren Ehemännern und Kindern. Auch heute ist dies bei einigen Anträgen der Fall. In der Vergangenheit konnte dies aber ebenfalls festgestellt werden. Tatsache ist, dass vor allem Frauen schlecht Deutsch sprechen. Dies auch nach mehrjährigem Aufenthalt in der Schweiz. Hier ist wieder das Kreisschreiben vom 16. April 2003, in welchem verschiedene Punkte durch das DVI präzisiert werden, massgebend: „Bei Einbürgerungen erweist sich in der Regel die Hausfrau und Mutter als das schwächste Glied. Es bedeutet keine unbillige Härte, das Gesuch einer sprachunkundigen Hausfrau und Mutter abzuweisen. Ihr Anwesenheitsrecht in der Schweiz und damit der Verbleib bei der Familie ist damit nicht gefährdet.“ Die einzelnen Personen müssen also, auch wenn sie sich beim Einbürgerungsverfahren als Familie präsentieren, auf ihre Integrationsfähigkeiten überprüft werden. Den Ehemann und die Kinder nicht einzubürgern, weil die Ehefrau schlecht Deutsch spricht, wäre keine gangbare Lösung.

Der letzte Punkt sind die so genannten erleichterten Einbürgerungen. Ehepartner von Schweizerinnen oder Schweizern können sich erleichtert einbürgern lassen. Dies ist aber nur möglich, wenn der Ehepartner oder die Ehepartnerin bei der Heirat bereits Schweizerin oder Schweizer war. Wurde beim vorhin genannten Fall zum Beispiel die Ehefrau nicht eingebürgert, entstand bei einigen Wohnerrätinnen und Wohnerräten bisher der Eindruck, die Frau könne zwar nicht Deutsch, könne aber von der erleichterten Einbürgerung profitieren. Die Befürchtung lag im Raum, dass auf diesem Wege die mangelnden Deutschkenntnisse nicht zur Geltung kämen. Dies geht nicht. Einbürgerungen erfolgen in diesem Sinne zwar nicht nach den ganz harten Kriterien, die weicheren Kriterien beziehen sich aber nur auf die reduzierten Wohnsitzerfordernisse. Mit anderen Worten muss der Ehepartner eines während der Ehe eingebürgerten Schweizer oder einer Schweizerin nicht so lange in der Schweiz und in Zofingen wohnen. Die Person wird aber nicht erleichtert eingebürgert, sie profitiert nur von diesen verkürzten Wohnsitzerfordernissen. Wird die Familie nicht zusammen eingebürgert, bildet dies kein Schlupfloch für eine erleichterte Einbürgerung.

Der Stadtammann hofft, mit diesen Erläuterungen ein wenig Klarheit geschaffen zu haben.

Hr. Christoph Dombrowsky, Referent der FGPK und Mitglied der Einbürgerungskommission, hält fest, dass die Einbürgerungskommission die vorliegenden Gesuche geprüft hat. Sie hat die Unterlagen studiert und mit den Einbürgerungskandidaten ein Gespräch geführt. Aufgrund

dessen hat sie den Integrationswillen sowie auch den Integrationsgrad der einzubürgernden Personen als ausreichend beurteilt. Die FGPK ist diesem Entscheid grossmehrheitlich gefolgt. Zu Diskussionen Anlass gegeben hat die auffallend grosse Zahl an Einbürgerungskandidaturen, bei welchen die Ehefrauen nicht miteinbezogen werden und vereinzelt negative Beurteilungen durch Lehrpersonen. Beim zweiten Punkt ist die FGPK mehrheitlich der Meinung, dass eine negative Schulbeurteilung nicht als Ausdruck mangelnder Integration gewertet werden kann, sondern ein generelles gesellschaftliches Problem darstellt. Beim ersten Punkt hat sich die FGPK überzeugen lassen, dass das häufige Zurückstellen der Ehefrauen Ausdruck einer richtigen Einbürgerungspolitik des Stadtrates ist. Die FGPK empfiehlt alle Gesuche grossmehrheitlich, bei einzelnen Enthaltungen, zur Annahme.

Fr. Irma Jordi stellt fest, dass bei GK 137 und GK 138 die Ehefrauen nicht mit eingebürgert werden. Ihres Erachtens entspricht dies nicht der Vorstellung von Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Vor allem, wenn schulische Probleme vorhanden sind, braucht es die Sprachkompetenzen der Väter und Mütter. Dies, damit eine gute Kommunikation betrieben werden kann. Sie möchte die Einbürgerungskommission einladen, in Zukunft solche Gesuche zurückzustellen und diesen Familien die Möglichkeit zu geben, die Kinder mit ihren Müttern und die Ehemänner mit ihren Ehefrauen vermehrt Deutsch lernen und zu Hause praktizieren zu können. So dass sich die Frauen diese Sprachkompetenzen aneignen können. Nur so kann eine wirklich gute Integration ermöglicht werden.

Nachdem zu den Einbürgerungsgesuchen das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die Vorsitzende über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

GK 131

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 28:6 Stimmen zugestimmt.

GK 132

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

GK 133

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

GK 134

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

GK 135

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

GK 136

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

GK 137

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 28:6 Stimmen zugestimmt.

GK 138

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 29:4 Stimmen zugestimmt.

GK 139

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

Die Vorsitzende gratuliert den Gesuchstellern ganz herzlich zu ihrem guten Resultat und wünscht ihnen alles Gute.

Art. 92

GK 140

Zusatzkredit für den Abschluss der Sanierung von Volière und Wasserteil „Trottenweiher“ (inkl. WC-Anlage und Verbindungstreppe)

Hr. Hans-Martin Plüss, Präsident Spezialkommission Trottenweiher, hält fest, dass bei der Sanierung des Trottenweiheres allerhand schief gelaufen ist und viele Fehler gemacht wurden:

- Bereits bevor das Vorhaben an den Einwohnerrat gelangte, wurde der Kostenvoranschlag relativ riskant gekürzt, ohne dass die Leistungen entsprechend reduziert wurden. Also hat der Einwohnerrat eine Kreditvorlage, die bis zum Letzten ausgereizt war, behandelt.
- Der Einwohnerrat verlangte noch Zusatzleistungen. Dabei denkt er an das WC, wofür eine Kreditaufstockung bewilligt wurde und an die Treppe, die in der Reserve hätte Platz haben müssen. Dies hat sich leider nicht bewahrheitet.
Bei der Bauausführung ging die Kontrolle über die Kosten endgültig verloren. Durch den Wechsel in der Bauleitung – der bisherige Projektleiter der Bauverwaltung hatte gekündigt, und mitten in der Bauausführung musste kurzfristig ein externer Bauleiter eingesetzt werden – wurden zusätzliche Mehrkosten verursacht.
- Im Weiteren war der Projektleiter der Bauverwaltung massiv überlastet. Weder in der Bauverwaltung noch im Stadtrat stellte dies jemand fest. Auch nicht, dass die Kosten aus dem Ruder laufen. In der Bauverwaltung war kein Kostencontrolling eingerichtet.

Die Spezialkommission, welche der Einwohnerrat am 26. November 2007 eingesetzt hat, hat zwei Aufträge:

1. Abklärung der Ursachen der Kostenüberschreitung
2. Vorberatung der Zusatzkreditvorlage zu Händen des Einwohnerrates

Den Auftrag 2 hat die Kommission erledigt. Sie hat die Behandlung des Zusatzkredites vorgezogen, damit rasch darüber entschieden werden kann und die Bauarbeiten fertig gestellt werden können. So dass die Anlage für das Publikum wieder zur Verfügung steht. Der Auftrag 1 braucht etwas mehr Zeit. Die Kommission wird dem Einwohnerrat auf die Mai-Sitzung einen Schlussbericht unterbreiten. Darin wird auch die Frage der Verantwortung, insbesondere auch der politischen Verantwortung, für diese Kostenüberschreitung behandelt.

Die Spezialkommission hat nach der Startsitzen das Geschäft an zweien Sitzungen, davon eine ganztägig, beraten. An der Sitzung vom 24. Januar 2008 haben Lukas Reichmuth von der Bauverwaltung und Stadtrat Jürg Bachmann der Kommission über die Zusatzkreditvorlage Auskunft gegeben, insbesondere über den Kostenvoranschlag (Beilage 1 zur Vorlage). Dieser hat zu sehr vielen Fragen innerhalb der Kommission geführt. Der Stadtrat und die Verwaltung haben alle Fragen – zum Teil später schriftlich – einwandfrei beantwortet. Der Kostenvoranschlag wurde durch die Kommission auf Herz und Nieren geprüft. Viele Arbeiten wurden schon ausgeführt, Rechnungen sind erstellt und zum Teil auch schon bezahlt worden. Im Weiteren wurden für viele Arbeiten Verträge abgeschlossen. Alle anderen Arbeiten sind bereits angefangen und müssen irgendwie fertig gestellt werden. Die Bauverwaltung hat im 3. überarbeiteten Kostenvoranschlag aufgezeigt, welches die Minimalvariante dafür ist. Deshalb musste die Kommission feststellen, dass mit Ausnahme der nachfolgenden beiden Reduktionsmöglichkeiten, keine sinnvollen Kürzungsmöglichkeiten mehr bestehen.

Im Weiteren hat die Spezialkommission Alternativen prüfen lassen:

- Verzicht auf die ganze Anlage sowie Rückbau der Volière und des Weihers. Die Kosten würden CHF 1,1 Mio. betragen, vorhanden wäre dann aber nichts.
- Verzicht auf die Aussenvolière. Gegenüber dem Gesamtkostenvoranschlag von CHF 1,5 Mio. ergäbe dies eine Einsparung von CHF 120'000.–. Das bestehende Gebäude würde dann so verunstaltet stehen bleiben. Dies macht keinen grossen Sinn. Es würde auch die Anzahl und verschiedenen Arten der gehaltenen Vögel massiv einschränken.

Deshalb hat die Kommission auch diese beiden Alternativen abgelehnt.

Es bleiben also nur noch die beiden Reduktionsanträge der Spezialkommission:

1. Der Zusatzkredit sei im Bereich der Bepflanzung um CHF 10'000.– zu kürzen. Die Kommission war einstimmig der Auffassung, dass es auch aus Sicht der Vögel nichts schadet, wenn etwas kleinere Bäume gesetzt werden. Natürlich spenden sie den spielenden Kindern anfangs weniger Schatten, aber ein oder zwei Jahre jüngere Bäume sind massiv günstiger. Der Stadtrat stimmt dieser Kürzung zu. Vielleicht wäre es auch sinnvoll, sich nochmals zu überlegen, ob einheimische Baumarten anstelle von Rosskastanien gesetzt werden sollten.
2. Der Zusatzkredit sei durch Verzicht auf den Spielplatz um weitere CHF 30'000.– zu kürzen. Die Kommission hat diesen Antrag mehrheitlich beschlossen. Innerhalb der Kommission war unbestritten, dass das Bedürfnis nach einem Spielplatz beim Trottenweiher ausgewiesen ist. Die Kommissionsmehrheit hat diesen Antrag aber aus Konsequenzgründen gestellt. Dies sind noch die einzigen Reduktionsmöglichkeiten und diese sollen im Einwohnerrat diskutiert werden.

Im Übrigen steht die Kommission voll hinter dem Kostenvoranschlag und beantragt deshalb einstimmig, den Zusatzkredit abzüglich der beantragten Reduktionen zu bewilligen.

Zum Trost ist vielleicht festzuhalten, dass die zusätzlich bewilligten Gelder nicht einfach verschenkt sind; die Stadt wird auch einen beinahe entsprechenden Mehrwert erhalten. Es gibt zum Beispiel eine bessere Renovation des Voliëreng Gebäudes, ein besseres WC und insbesondere auch neue Aussenvoliëren. So dass die ganze Anlage anschliessend wieder gut aussieht und nach 5 oder 10 Jahren nicht bereits wieder ausgebessert werden muss.

Die Kommission erwartet, dass die Sanierung des Trotten Weihers rasch fertig gestellt wird und der Stadtrat sowie die Bauverwaltung dafür sorgen, dass die möglichen Einsparungen konsequent ausgeschöpft werden. Diesbezüglich begrüsst die Kommission, dass die Bauverwaltung nochmals einen Anlauf genommen hat und die Kosten für die Anpassung des Weiherüberlaufes nun von den beteiligten Unternehmen übernommen werden.

Hans-Martin Plüss dankt dem Stadtrat für die transparente Information, die Offenheit und die Bereitschaft, Auskunft zu geben. Ebenso dankt er Lukas Reichmuth von der Bauverwaltung, welcher für die Kommission alle Fragen minutiös und innert kürzester Zeit abgeklärt hat.

Schliesslich möchte er insbesondere den Kommissionsmitgliedern für die professionelle Behandlung der Vorlage, die hervorragenden Inputs und die kollegiale Zusammenarbeit danken.

Hr. Jürg Bachmann, Stadtrat, stellt fest, dass er kaum 1 ½ Jahre nach der ersten Kreditvorlage zur Sanierung des Trotten Weihers wieder hier steht und die unangenehme Aufgabe hat, einen Kredit in praktisch gleicher Höhe zu beantragen. Er möchte nochmals betonen, dass der Stadtrat die Entwicklung bei diesem Bauvorhaben sehr bedauert, aber der Meinung ist, dass das Projekt unter strengster Kostenkontrolle zu Ende geführt werden muss. Nach der Einsetzung der Spezialkommission, beziehungsweise nach der ersten Sitzung, hat die Bauverwaltung mit Hochdruck die neue Vorlage ausgearbeitet. In dieser Vorlage ist aus nachvollziehbaren Gründen der Zahlenteil um einiges umfangreicher als der Textteil. Trotzdem möchte sich Stadtrat Jürg Bachmann nicht im Zahlenteil festbeissen, die Zahlen sind leider grösstenteils selbsterklärend. Wer in diesem Projekt und in der neuen Vorlage nach Varianten sucht, wird enttäuscht sein. Der Antrag für den Zusatzkredit basiert auf dem bestehenden Projekt, wel-

ches von Fachleuten auch heute noch als sehr gut bezeichnet wird. Das Projekt ist unverändert belassen worden, weil zu vieles angefangen, abgerissen und teilweise fertig gestellt wurde. Den Rückbau hat der Stadtrat in der Vorlage ausgeklammert, da wirklich nur Geld vernichtet würde. Die Spezialkommission hat diese Zahlen zu Recht verlangt und diese zusammen mit dem erwähnten und ernüchternden Resultat erhalten. Grosse Kosteneinsparungen wären nur möglich gewesen, wenn ganze oder mindestens Teilbereiche hätten weggelassen, neu geplant oder ganz neu realisiert werden können. Dazu zwei oder drei Beispiele:

- Die Wegführung: Die alten Verbundsteine wurden herausgerissen und eingelagert, ein neuer Weg muss aber so oder so erstellt werden.
- Der Abgang zum Weiher: Die Betonmauer an dieser Stelle wurde weg gebrochen. Ein neuer Abschluss – in irgendeiner Form – muss erstellt werden.
- Die Toilettenanlagen: Der Rohbau ist in einem sehr hohen Standard erstellt worden. Als Ruine kann die Anlage nicht einfach stehen gelassen werden.

Der Stadtrat hat darauf verzichtet, umfassende Kostenzusammenstellungen auf dem jetzigen Projekt erarbeiten zu lassen. Die offenen Fragen, welche immer noch im Raum stehen – gab es Kompetenzüberschreitungen, wurde immer der richtige Standard angewendet, stimmt die Umsetzung mit dem Projekt überein – werden von der Spezialkommission in einem umfassenden Bericht auf die Mai-Sitzung in Aussicht gestellt und beantwortet. Über die Entwicklung, beziehungsweise über die Budgetierung von gewissen Kostenblöcken, gibt der Zahlenteil dieser Vorlage sehr gut Auskunft. Der Stadtrat befürwortet und beantragt deshalb auch dieses zweistufige Vorgehen: Heute die Bewilligung des Zusatzkredites und auf einen späteren Zeitpunkt, wenn möglich auf die nächste Sitzung, die Behandlung des Berichtes.

Für den Stadtrat geht es um mehr als um Wunschbedarf. Es geht um eine der wichtigsten Naherholungsinseln in Stadtnähe, welche auch darüber hinaus als Institution eine lange Tradition hat. Im Rahmen der Tierparkanlagen will der Stadtrat einen Beitrag zum Naturverständnis und der Artenerhaltung leisten. Er will in unmittelbarer Stadtnähe ein Naherholungsgebiet, welches der Bevölkerung auf kleinem Raum grosse Naturerlebnisse bietet. Letztendlich sind es vor allem Naturobjekte, welche eine Gemeinde für Bewohner, Besucher und nicht zuletzt auch für das Marketing interessant machen. Es geht aber auch darum, unter dem Titel „Natur im Siedlungsraum“ den Besuchern die einheimische Fauna und Flora näher zu bringen.

Der Stadtrat ist der Auffassung, dass bei der Bepflanzung gewisse Einsparungen getätigt werden können. Zum Beispiel durch Lieferungen durch den Werkhof und Forstpflanzen anstelle von Baumschulpflanzen. Allerdings möchte der Stadtrat nicht auf Parkbäume einer gewissen Grösse verzichten. Trotzdem stimmt er dem Zusatzantrag der Spezialkommission zu. Der Stadtrat möchte ganz klar nicht auf den Kinderspielplatz verzichten. In diesem Sinne lehnt er den Antrag ab.

Der Stadtrat bedauert die Fehler, welche bei der Abwicklung des Projektes gemacht wurden und übernimmt als Behörde selbstverständlich die politische Verantwortung. Zwischenzeitlich wurden Massnahmen personeller, organisatorischer und struktureller Art ergriffen. Mit der einzigen Zielsetzung, solche Fehlentwicklungen in Zukunft zu verunmöglichen. Auch der Stadtrat möchte der Spezialkommission unter der Leitung von Hans-Martin Plüss für die seriöse und fundierte Arbeit und dem Einwohnerrat für das Vertrauen herzlich danken.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Hans Rudolf Schlatter hält fest, dass es heute primär um den Zusatzkredit geht und nicht darum, die Leidensgeschichte aufzuarbeiten oder vermeintlich Schuldige zu bestrafen. Als Mitglied der Spezialkommission ist er unterdessen ziemlich intensiv orientiert und über den ganzen Ablauf informiert. Ohne auf den Schlussbericht vorgreifen zu wollen, möchte er doch seine drei persönlichen Eindrücke, weshalb es dazu gekommen ist, aufzeigen:

Von Anfang an wurden Fehler gemacht. Vielleicht wurde das Projekt auch ein wenig unterschätzt. So ganz einfach ist es nämlich nicht, diese Volière zu renovieren. Wasserbau, Hydraulik des Teiches, Vogelschutz, Naturschutz, Renovation der Volière, Voliërenbau, WC-Anlage mit Treppe; alles zusammen war doch umfangreicher als anfänglich vermutet.

Der zweite Punkt waren bestimmt die vielen personellen Wechsel während des ganzen Projektverlaufes. Fachkräfte, welche ganz unterschiedliche Berufsauffassungen hatten. Auf der einen Seite ein Architekt, der eher Richtung Künstler geht und auch ohne Papier arbeiten kann, und auf der anderen Seite ein perfekter Bauleiter, der nichts ohne Plan machen kann. Dass dies zusammen, und die Übergabe vom einen zum anderen, nicht funktionieren kann, ist offensichtlich.

Dritter Punkt ist die mangelnde Bauleitung auf dem Bauplatz. Der Baustopp des Stadtrates war nach Ansicht der Dynamischen Mitte absolut in Ordnung, und das Aufarbeiten des Ist-Zustandes war korrekt. Die Zahlen und Daten, welche die Bauverwaltung der Spezialkommission geliefert hat, scheinen realistisch zu sein. Alternativen gibt es eigentlich keine. Alles zurückbauen und eine Steinwüste für CHF 1,2 Mio. der Natur überlassen, geht nicht. Und auch die demontierten Aussenvolièren sind notwendig für einzelne Vogelarten, welche man separat zeigen will.

Die beiden Zusatzanträge der Spezialkommission sind, auf die Gesamtkosten bezogen, nur noch ein wenig Kosmetik. Die Dynamische Mitte wird der Vorlage sowie dem Zusatzantrag 1 zustimmen. Den Zusatzantrag 2 wird sie mehrheitlich ablehnen. Von der Bauverwaltung wird bei der Vergabe der restlichen Arbeiten ein striktes Kostenmanagement und dadurch ein gutes Ende der Bauarbeiten erwartet.

Hr. Heinz Lehmann steht lediglich hier, damit der Beschluss der Fraktion zu Händen des Protokolls festgehalten wird. Jene, welche das Zofinger Tagblatt in den letzten Tagen gelesen haben, kennen die Meinungen der einzelnen Fraktionen bereits.

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die CHF 10'000.– bei der Bepflanzung eingespart werden können. Dies gefährdet das Projekt nicht. Beim Spielplatz ist sie hingegen absolut geteilter Meinung. Ganz klar ist die Fraktion der Meinung, dass das Projekt jetzt fertig gestellt werden muss. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates – CHF 746'000.– abzüglich CHF 10'000.– für die Bepflanzung – einstimmig.

Heinz Lehmann erlaubt sich noch folgende Bemerkung bezüglich der Leistungen der Bauverwaltung: Der Einwohnerrat soll nicht vergessen, dass in den letzten Jahren sehr viele Projekte im Kostenrahmen abgeschlossen wurden. Ein Projekt ging nun komplett daneben, und es wäre falsch, nun die Bauverwaltung in Grund und Boden zu treten. Dass es die Bauverwaltung unter der Leitung von Werner Ryter besser kann, kann sie nun beweisen. Die Umsetzung der Vorlage Trinerplatten steht an. Dabei geht es immerhin um CHF 4,6 Mio. Er wünscht der Bauverwaltung und der politischen Behörde viel Glück.

Hr. Philippe Dietschi erläutert nochmals, dass die Arbeit der Spezialkommission gezeigt hat, dass die kostenintensiven Arbeiten bereits getätigt wurden und keine grossen Einsparmöglichkeiten mehr vorhanden sind. Die SP-Fraktion ist deshalb ebenfalls der Meinung, dass der Zusatzkredit möglichst schnell gesprochen und die Arbeiten zu Ende geführt werden sollen. Sie sieht auch ein, dass der Reduktionsantrag bei der Bepflanzung ein sinnvoller Antrag ist. Nicht nur aus finanzieller Sicht, sondern auch aus Sicht der zukünftigen Bäume, welche beim Trottenweiher stehen werden. Die Integration junger Bäume gelingt besser. Der SP ist es auch wichtig, dass einheimische Bäume und Sträucher gepflanzt werden. Trotz der grossen Turbulenzen um das gesamte Projekt bleibt der Leitgedanke, den Trottenweiher mit einheimischen Vögeln und Sträuchern zu bevölkern.

Die Kinder werden einerseits zum Beobachten des Weihergebietes geführt und andererseits mit einem tollen Spielplatz zum Spielen verführt. Deshalb ist es für die SP-Fraktion klar, dass sie den Antrag, auf den Spielplatz zu verzichten, nicht unterstützen kann. Bei einer Bausumme von CHF 1,5 Mio. wäre es kleinlich, auf die CHF 30'000.– zu verzichten. Die Trottenweiheranlage ist ein Gefüge aus Weiher, Volière, der gesamten Umgebungsgestaltung, der neuen WC-Anlage mit Verbindungstreppe und dem Spielplatz. Damit dieses ganze Gefüge authentisch wirkt, wird die SP-Fraktion den Antrag stellen, den Spielplatz naturnah zu gestalten. Philippe Dietschi wird den Antrag dann begründen, wenn er auch zur Diskussion steht.

Hr. Hansruedi Hauri teilt mit, dass die SVP-Fraktion voll und ganz hinter dem Zusatzkredit steht. Es ist nicht so, dass sie an diesem Malheur Freude hat, aber sie hofft, dass Stadtrat und Bauverwaltung Lehren daraus ziehen können. Die Abänderungsanträge der Spezialkommission kann sie nur teilweise unterstützen. Die CHF 10'000.– Einsparung bei der Bepflanzung unterstützt sie. Hingegen findet sie es nicht ganz angemessen, wenn auf Kosten der Kleinsten CHF 30'000.– eingespart werden. Schliesslich wurde auch die WC-Anlage für diese Zielgruppe errichtet. Aus diesem Grund macht es keinen Sinn, dort zu sparen.

Hr. Heinz Vöckl möchte begründen, weshalb er gegen den Spielplatz stimmen wird. Der Einwohnerrat soll CHF 30'000.– beschliessen, weiss aber noch nicht, wie viele Geräte es sein werden, wo sie platziert werden und wie sie aussehen. Seiner Meinung nach sollte der Spielplatz nicht gebaut werden, da die Grösse des Spielplatzes noch nicht klar ist. Wahrscheinlich wird es ein kleines Plätzchen geben. Vor allem, wenn etwas in naturnaher Bauweise erstellt werden soll, braucht es in der Regel mehr Platz. Der Spielplatz sollte noch nicht gebaut werden. Falls er in 1 oder 2 Jahren fehlt, kann dies über das Budget beschliessen werden. Dann sieht man auch, wie viel Platz zur Verfügung steht, um etwas Rechtes zu bauen. Falls dies CHF 50'000.– kosten würde, wäre er der Erste, der dafür stimmen würde. Aber die Tatsache, dass einfach gesagt wird, die Spielgeräte kosten ungefähr CHF 30'000.– und niemand sagen kann, welche Spielgeräte es sein werden, wie sie aussehen und wie viele es sein werden, kann ihn nicht befriedigen.

Fr. Irma Jordi hält fest, dass die alten Spielgeräte abmontiert worden sind. Sie weiss aber nicht, wohin diese verlagert wurden. Letztes Jahr hat sie die Spielgeräte mit kleinen Kindern getestet und dabei festgestellt, dass sie sehr gut in Schuss sind. Sie schlägt vor, dass einmal im Lager nachgeschaut wird, wo die alten Geräte geblieben und ob diese noch einsetzbar sind. Im Weiteren hat man nicht einfach zusätzlich CHF 30'000.– für den Spielplatz beschliessen. Der Spielplatz war von Anfang an im Projekt integriert. Es macht wirklich keinen Sinn, diesen Spielplatz jetzt nicht zu bauen. Vor allem, nachdem man mit all den Müttern Erbarmen hatte, weil diese mit ihren Kindern hinter die Gebüsche mussten, damit sie ihre Geschäfte verrichten konnten. Vielleicht könnte hier die Bauverwaltung noch einige Ideen an den Tag bringen, wie der Spielplatz mit den alten Geräten kreierte werden könnte.

Hr. Philipp Hangartner möchte wissen, was die Bauverwaltung zu den Einwänden von Heinz Vöckl meint.

Hr. Lukas Reichmuth, Bauverwalter-Stv., kann zum Einwand von Herrn Vöckl – der Spielplatz sei nicht geplant – nur so viel sagen, dass im bewilligten Projekt der Platz, auf welchem der Spielplatz zu stehen kommt, definiert wurde. Darin wurde auch das Spielgerät eingezeichnet. Damals ging man noch davon aus, dass das alte Spielgerät wieder verwendet werden kann. Inzwischen wurde aber festgestellt, dass das Gerät in der Grube deponiert wurde und es in einem ziemlich schlechten Zustand ist. Es würde sehr teuer zu stehen kommen, es aufzufrischen, da es sich um ein Holzspielgerät handelt. Bei der Planung ging man davon aus, dass ein neues Spielgerät im gleichen Stil angeschafft wird und es, wie im Plan aufgezeichnet wurde, platziert wird. Rundherum ist ein Holzschnitzelplatz vorgesehen, so wurde es auch in der Richtofferte berechnet.

Hr. Dieter Matter stellt fest, dass bereits zwei oder drei Mal erwähnt wurde, dass dieses Geschäft schlecht vorbereitet wurde und dies mitunter ein Grund für die Überschreitung war. Er möchte jedoch klarmachen – und die neu organisierte Bauverwaltung soll dies ebenfalls hören – dass, wenn der Einwohnerrat über ein Geschäft abstimmt und diesem zustimmt, er erwartet, dass es entsprechend umgesetzt wird. Und nicht, dass es, weil es scheinbar schlecht vorbereitet wurde, überzogen wird. Wenn es effektiv eine schlechte Vorlage ist, merkt eine Bauverwaltung im Voraus, dass ein Fehler enthalten ist und beantragt einen Zusatzkredit. Was ihm ebenfalls ein wenig fehlt, und dies wurde nirgends erwähnt, ist, was nun unternommen wird und was die Bauverwaltung vorgesehen hat, damit so etwas nicht mehr vorkommen kann. Vielleicht folgt dies ja später einmal.

Bei der Bepflanzung wird über CHF 10'000.–, bei einem Zusatzgeschäft von CHF 760'000.–, gesprochen. Falls der Einwohnerrat nun sagt, dies solle so eingespart werden, nimmt er der Bauverwaltung eine gewisse Verantwortung ab, um die Geschäfte so optimal wie möglich umzu-

setzen. Der Einwohnerrat sagt der Bauverwaltung, sie solle bei einem solchen Volumen CHF 10'000.– sparen, aber CHF 10'000.– sind absolut im Bereich einer normalen Abweichung. Der Einwohnerrat geht doch davon aus, dass eine Bauverwaltung unbedingt alles unternimmt, um das Geschäft möglichst optimal, kostengünstig und zum Wohle aller umzusetzen. Deshalb ist er der Meinung, dass nicht weiter um die CHF 10'000.– diskutiert werden sollte.

Hr. Hans-Martin Plüss, Präsident Spezialkommission Trottenweiher, gibt Herrn Matter Recht. In der Kommission wurde darüber diskutiert, ob dies nicht fast ein wenig lächerlich sei, wegen einer Reduktion von CHF 10'000.– einen Antrag zu stellen. Die Kommission hatte den Eindruck, dass bei der Bepflanzung vielleicht noch ein wenig Reserve untergebracht ist. Sonst waren im gesamten Projekt wenige Reserven vorhanden. Der Kommission war dies alles bewusst, sie war aber der Auffassung, dass es gilt, ein Zeichen zu setzen. Im Schlussbericht, den die Kommission auf die Mai-Sitzung erstatten will, wird über die Ursachen, Verantwortlichkeiten usw. im Detail informiert.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Die Vorsitzende hält fest, dass zusätzlich zum stadträtlichen Antrag zwei Anträge der Spezialkommission zur Kosteneinsparung sowie der Zusatzantrag der SP für einen naturnahen Spielplatz vorliegen.

Hr. Philippe Dietschi stellt im Namen der SP-Fraktion den Antrag, dass der Spielplatz, der noch zu bewilligen ist, naturnah gestaltet und erstellt wird. Die schriftliche Begründung wurde allen Einwohnerratsmitgliedern vorgängig zugestellt. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass zum möglichst naturnahen Grundkonzept des Trottenweiher ein naturnaher Spielplatz viel besser passt als eine vorgefertigte konventionelle Geräteanlage. Der Vorteil naturnaher Spielplätze ist, dass man den Kindern nicht vorgibt, wie sie sich bewegen und spielen sollen. Bei einer normierten Rutschbahn gibt es beispielsweise nur eine Richtung, man kann nur hinunterrutschen. Obwohl der Reiz viel grösser ist, von unten nach oben zu krabbeln. Es sind kleine Sachen, die man beispielhaft aufzeigen kann.

Bei naturnahen Spielplätzen werden Naturmaterialien (Holz, Sand, Kies) verwendet. Sie laden die Kinder zum Ausprobieren ein und verbinden sie spielerisch mit der Natur. Sie werden die Kinder zum Staunen und Beobachten bringen. Man könnte zum Beispiel Mulden vorsehen. Überdeckte Röhren laden zum Verstecken und Durchschleichen ein, ein Wydenhaus lädt zum Geschichtenerzählen ein. Viele Kinderideen werden dort entstehen.

Wie bereits im Antrag erwähnt, sind die Materialkosten viel geringer als bei einem konventionellen Spielplatz. Hingegen sind die Kosten für den Landschaftsgärtner höher. Es wird sich in etwa ausgleichen. Bei diesem Antrag handelt es sich nicht um eine Zusatzleistung, wie sie auch schon bewilligt wurden. Es geht um die naturnahe Ausgestaltung des Spielplatzes. Philippe Dietschi kann zu diesem Thema auch auf eine Maturarbeit verweisen, welche im Oktober 2006 an der Kantonsschule Zofingen verfasst wurde. Als abschliessende Wertung dieser Maturarbeit haben die Verfasserinnen die Gemeinden aufgefordert, etwas Neues in Bezug auf die Schule und Spielplätze zu wagen. Wie gestern im Sonntags ZT gelesen werden konnte, hat Wikon einen Spielplatz naturnah gestaltet und gilt seither als Vorbild für andere Gemeinden. Philippe Dietschi denkt, dass sich Zofingen dem Vorbild von Wikon anschliessen und den Trottenweiher ganz naturnah fertig gestalten könnte.

Fr. Patricia Kettner teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Idee des naturnahen Spielplatzes gut findet, die politische Umsetzung hingegen überhaupt nicht. Es ist nicht Sache des Parlaments, über die Ausgestaltung eines Spielplatzes zu diskutieren. Schon gar nicht, wenn keine konkreten Offerten vorliegen. Diesen Fehler hat der Einwohnerrat bereits einmal begangen. Macht der Einwohnerrat so weiter, bestimmt er bald die Farbe der Rosen im Rosengarten oder welche Turngeräte in die neue Turnhalle der Bezirksschule kommen. Diese Entscheidung liegt de-

finitiv nicht in der Kompetenz des Einwohnerrates, sondern bei den Fachleuten der Bauverwaltung. In diesem Sinne lädt sie den Einwohnerrat dazu ein, den Antrag der SP abzulehnen sowie Stadtrat Jürg Bachmann und die Bauverwaltung, diese Idee zu überprüfen und, wenn möglich, innerhalb des Budgets zu realisieren.

Hr. Jürg Bachmann, Stadtrat, sowie die übrigen Stadträte können die Überlegungen der SP grundsätzlich sehr gut nachvollziehen. Dass nebst der naturnahen Ausführung der gesamten Anlage ein naturnaher Spielplatz gut passen würde, leuchtet ein. Ebenfalls leuchtet die Argumentation ein, dass ein naturnaher Spielplatz ein gutes Gegenstück zum konventionellen Spielplatz beim Gemeindeschulhaus wäre. In diesem Sinne kann der Stadtrat das Anliegen grundsätzlich unterstützen, andererseits ist es aber leider so, dass keine konkreten Offerten für einen naturnahen Spielplatz vorliegen. Es ist auch nicht ganz klar, was ein solcher Spielplatz – im Vergleich zu einer herkömmlichen Anlage – im Unterhalt kosten würde. Es ist nicht auszuschliessen, dass gewisse Mehrkosten zu tragen wären.

In der Tat war es geplant, das rote Schiff wieder aufzustellen. Wenn sich aber die bodennahen Schrauben beim Demontieren von alleine lösen, wird dies relativ schwierig. Der Stadtrat möchte grundsätzlich nicht die gleichen Fehler begehen, wie sie hin und wieder passiert sind, er möchte das Anliegen aber aufnehmen. Das heisst, er will zuerst durch die Bauverwaltung gewisse Abklärungen machen lassen. Vor allem zu den Kosten, aber auch zu den räumlichen Abmessungen. Wenn es vom Platz her möglich ist, würde selbstverständlich ein naturnaher Spielplatz erstellt.

Noch eine persönliche Bemerkung von Stadtrat Jürg Bachmann: Er hatte dieses Anliegen am Freitag auf dem Tisch. Dazu grundsätzlich keine Kritik. Aber es wird beinahe unmöglich, auf den folgenden Montag eine fundierte Antwort und Stellungnahme abzugeben, welche auch von den Kosten her verhebt. Dies zum Verständnis, wie er seine Ausführungen vorgetragen hat.

Hr. Robert Weishaupt weist darauf hin, dass der Spielplatz, als der Kredit damals bewilligt wurde, noch überhaupt kein Thema war. Da nun die Spezialkommission Trottenweiher den Finger darauf gelegt und darin Sparpotenzial gesehen hat, haben einige bemerkt, dass ein gewöhnlicher Spielplatz vorgesehen ist. Der Einwohnerrat soll sich aber an die damalige Debatte erinnern: Zuerst eine alternative Heizung, anschliessend noch ein WC, dazu noch eine Treppe – dies alles zum Discountpreis. Wie sich herausgestellt hat, war dies ebenfalls ein schlechtes Kapitel des Trottenweiher. Mit schönen Worten wie „das passt schon“ und „Budget CHF 30'000.– reicht aus“ gibt sich Robert Weishaupt nicht zufrieden. Der Einwohnerrat hat sich bereits einmal die Finger verbrannt, und die Wunden sind noch nicht geheilt. Sollte der Einwohnerrat dem Antrag der SP zustimmen, stellt Robert Weishaupt den Antrag, das Geschäft, oder zumindest den Spielplatz, nochmals zurückzustellen. So dass dem Einwohnerrat fundierte Zahlen und richtige Offerten mit Plänen zur Verfügung stehen würden.

Was spricht eigentlich gegen den Naturspielplatz:

Er kann erst ab einem gewissen Alter benützt werden, eine Schaukel hingegen bereits ab drei Monaten. Und es gibt garantiert schmutzige Kleider. Welche Eltern wollen, dass die Kinder mit schmutzigen Kleidern nach Hause kommen? Leider gibt es heute solche Kinder oder Eltern, welche keine schmutzigen Kleider wollen. Dies als kleine Entgegnung. Es gibt durchaus sehr gute Spielplätze mit herkömmlichen Spielgeräten.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, ist sehr froh um das Wort von Patricia Kettner. Er glaubt, dass Stadtrat Jürg Bachmann klargestellt hat, dass der Stadtrat nicht gegen eine Ausgestaltung in naturnaher Art des Spielplatzes ist. Die Anwesenden müssen sich jedoch grundsätzlich Gedanken machen, wie die Spielregeln funktionieren. Er glaubt, was Dieter Matter vorhin gesagt hat. Nämlich, dass sich alle darauf verlassen können müssen, dass die Zahlen und Vorlagen, welche vor den Einwohnerrat kommen, fundiert sind. Und dass der Stadtrat nachher die Verantwortung für die Umsetzung übernimmt. Bei dieser Vorlage war dies nicht der Fall, und der Stadtrat hat sich dafür entschuldigt.

Der Stadtammann ist aber der Ansicht, dass auch der Einwohnerrat seine Arbeit nach den Spielregeln verrichten muss. Und dann kann man nicht, auch wenn es gute Vorschläge sind, einen halben Tag, bevor die Vorlage vor den Einwohnerrat kommt, einen Abänderungsantrag bringen und sagen, es koste ungefähr gleich viel. Dies geht nicht. Alle müssen sich konsequent an die herrschenden Gepflogenheiten halten, dann können alle ihren Aufgaben nachkommen. Deshalb lehnt der Stadtrat den Antrag der SP aus Konsequenzgründen ganz klar ab. Aber wie bereits von Stadtrat Jürg Bachmann erwähnt, wird der Stadtrat innerhalb der Umsetzung und der klar definierten Kostenrahmenbedingungen schauen, ob diesem Anliegen Rechnung getragen werden kann. Formell lehnt der Stadtrat den Antrag aber ab.

Hr. Philippe Dietschi muss im Namen der SP-Fraktion seine Arbeit ebenfalls noch vollenden. Alle haben die Argumente gehört, wonach fundierte Kostenaufstellungen vorliegen müssen. Deshalb möchte die SP-Fraktion ihren Antrag zurückziehen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt einzeln über die beiden Abänderungsanträge der Spezialkommission Trottenweiher und anschliessend über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Der Zusatzkredit sei im Bereich der Bepflanzung um CHF 10'000.– zu reduzieren.

Dem Abänderungsantrag wird mit 31:3 Stimmen zugestimmt.

2. *Der Zusatzkredit sei durch Verzicht auf den Spielplatz um weitere CHF 30'000.– zu reduzieren.*

Der Abänderungsantrag wird mit 29:5 Stimmen abgelehnt.

Für den Abschluss der Sanierung von Volière und Wasserteil „Trottenweiher“ sowie des Baus der öffentlichen Toiletten-Anlage sowie der Verbindungstreppe sei ein Zusatzkredit von CHF 757'400.– zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

(Sitzungspause)

Art. 93

GK 141

Machbarkeitsabklärung Zusammenschluss der Gemeinden Zofingen und Uerkheim – Auftragserteilung und Kreditbewilligung

An dieser Stelle begrüsst die Vorsitzende ganz herzlich die Delegation des Gemeinderates Uerkheim, welche auf der Tribüne Platz genommen hat.

Fr. Patricia Kettner, Referentin der FGPK, steht als Zofingerin der „Sorte“ Mühlethal vor den Anwesenden. Es gibt auch Zofinger der „Sorte“ Altstadt oder Riedtal. Vielleicht wird es in Zukunft ebenfalls Zofinger der „Sorte“ Uerkheim geben. Dies abzuklären, lohnt sich auf jeden Fall. Mit der Gemeindereform Aargau als Hintergrund sind die Behörden gefordert, Strukturen zu schaffen, welche die Anforderungen an ein modernes und effizientes Gemeindewesen erfüllen können. Entschieden wird aber erst, wenn die Resultate der Abklärung vorliegen. Unter dem Strich müssen sich beide Parteien als Gewinner fühlen, damit eine „Heirat“ vorbereitet werden kann. Wie in jeder Ehe entsteht zwar etwas Gemeinsames, doch es ist wichtig, dass jeder Partner weiterhin sich selbst bleibt. Gemeindefusionen, welche mit dieser Haltung angegangen werden, sind starke Partnerschaften. Die FGPK hat auch darüber diskutiert, ob es weitere Entwicklungen gäbe. Also, ob nebst Uerkheim auch noch andere Gemeinden interessiert sind. Sie unterstützt dabei die Haltung des Stadtrates, dass die kleinen Gemeinden bei den grossen anklopfen sollten. Die FGPK hat auch zur Kenntnis genommen, dass alle Ge-

meinden im Bezirk sich mit dieser Frage auseinandersetzen. Nicht zuletzt im Rahmen der GERAG. Die Stadt Zofingen wird besonders gefordert sein, diesen Veränderungen und Anforderungen gerecht zu werden. In diesem Sinne begrüsst die FGPK die Abklärungsphase sehr und hat dem Antrag mit 9:0 Stimmen zugestimmt.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann, möchte dem Einwohnerrat zuerst vier grundsätzliche Positionen des Stadtrates darlegen:

Zofingen, so hat es der Stadtrat in seinem Legislaturprogramm definiert, will ein Regionalzentrum sein und alle diesbezüglichen Aufgaben erfüllen. Sei dies in personeller oder infrastruktureller Hinsicht.

Der Stadtrat ist auch klar der Ansicht, dass die Gemeindestrukturen im Aargau zu kleinräumig sind. Zu kleinräumig für eine effiziente, kostenoptimierte und qualitativ hoch stehende Leistungserbringung des Service Public.

Zofingen, so hat es der Stadtrat ebenfalls im Legislaturprogramm definiert, ist offen für Partnerschaften oder Fusionen mit allen Nachbargemeinden und will für diese ein verlässlicher Partner sein.

Der Stadtrat hält aber an dem Grundsatz fest, welchen er ebenso im Legislaturprogramm stipuliert hat, dass nicht er nach einer gewissen Strategie Fusionspartner sucht, sondern dass immer die kleineren Nachbargemeinden den ersten Schritt machen sollen. Dies, damit nicht der Verdacht aufkommt, er wolle andere Gemeinden vereinnahmen.

Es braucht einen ersten Schritt der Nachbarn. Uerkheim hat diesen Schritt getan. Der Stadtrat Zofingen hat diesen Schritt positiv beantwortet. Nach Ansicht des Stadtrates ergäben sich bei einer Fusion für beide Gemeinden Vorteile. Für Zofingen wären dies die besseren räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten und mehr Möglichkeiten in der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, weil über einen grösseren Parameter geplant werden kann. Es ergäbe sich aber ganz bestimmt auch ein Synergiepotenzial.

In einer ersten Phase geht es darum abzuklären, ob eine solche Fusion für beide Partner überhaupt zustande käme und eine Win-Win-Situation ergäbe. Vielleicht hätten sich einige Leute einen anderen Ersten-Schritt-Partner vorstellen können. Vielleicht hätte es für einige andere Lösungen gegeben, eine Fusion zu prüfen.

Wie am Anfang bereits erwähnt, will Zofingen für alle Partner, welche diesen Schritt machen möchten, ein verlässlicher Partner sein. Der Stadtrat sieht mit Uerkheim sehr viele emotionale Faktoren, welche bei Fusionen ganz entscheidend sind, die passen. Seit die Oberstufenschüler von Uerkheim in Zofingen zur Schule gehen, hat Zofingen ganz offensichtlich an Nähe zu Uerkheim gewonnen. Dies zeigt sich bei den intensivierten Buskursen, den intensivierten Beziehungen der Eltern von Uerkheimer Schüler zu Zofingen und nicht zuletzt den intensivierten Beziehungen der Behörden.

Dem Stadtrat scheint es wichtig, dass von Zofingen als Zentrumsgemeinde aus ein ganz klares Zeichen gesetzt wird. Ein Zeichen, dass Zofingen ein verlässlicher Partner für die Nachbargemeinden ist, auch dann, wenn nicht ganz offensichtliche kurzfristige finanzielle Vorteile resultieren. Deshalb schlägt der Stadtrat dem Einwohnerrat vor, die Machbarkeit intensiv zu prüfen. Der Stadtrat ist überzeugt, dass ein Zusammengehen mit Uerkheim für beide Gemeinden eine nachhaltige und zukunftsorientierte Massnahme bedeutet.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Dieter Matter nimmt es vorneweg, dass die FDP-Fraktion ebenfalls dafür ist, die Gemeindefusion zu prüfen. Dies mit 10 Stimmen bei einer Enthaltung. Hier geht es nicht einfach darum, ob zu diesen CHF 100'000.– ja oder nein gesagt wird. Es ist so, dass, wenn diese Abklärungen eine so genannte Win-Win-Situation ergeben, Zofingen quasi sagt, es bestehe das Interesse mit der Gemeinde Uerkheim zu fusionieren. Nicht dass der Einwohnerrat der Abklärung

jetzt zustimmt und nachher einmal weiterschauen will. Irgendwie wird auch hier ein Zeichen gesetzt.

Es ist klar, und darüber wurde mehrfach in den Zeitungen und vom Kanton aus gesprochen, dass Gemeindefusionen in nächster Zeit aktuell sein werden. Wahrscheinlich wird heute mit Uerkheim nicht das letzte Mal darüber gesprochen. Deshalb ist dies bestimmt auch ein wenig ein richtungsweisender Antrag des Stadtrates. Die FDP-Fraktion ist eindeutig dafür.

Was ein wenig störend wirkt, ist die Auflistung der Kosten von CHF 100'000.–. Die FDP ist klar der Meinung, dass eine solche Evaluation etwas kostet, sie soll auch gut ausgeführt werden. So, wie sie aber daher kommt – plötzlich sind Kosten für eine Volksabstimmung, Sitzungsgelder usw. aufgeführt – gehört sie eigentlich nicht in eine Vorlage. Bezüglich den CHF 50'000.– für die Zusatzpensen: Sind dies Zusatzpensen von Leuten, die bereits bei der Stadt Zofingen arbeiten, oder handelt es sich um externe Leute?

Allerdings ist es wichtig, gute Abklärungen zu treffen und falls nötig, externe Spezialisten beizuziehen. So dass mit Sicherheit gesagt werden kann, ob es eine Win-Win-Situation ist oder nicht.

Hr. Hans Rudolf Schlatter hält fest, dass Zofingen im westlichen Aargau Zentrumsfunktion hat und offen ist für Zusammenschlüsse mit Nachbargemeinden. Falls Zofingen dadurch die Zentrumsfunktion erhöhen kann, ist dies auf Kantonsebene nur gut. Allzu häufig hat er persönlich den Eindruck, der Aargau bestehe eigentlich nur aus Baden und Aarau und sei westlich davon fertig. Mit der Zeit könnte hier ein Gegengewicht gesetzt werden.

Klar ist für die Dynamische Mitte auch, dass Uerkheim sofort und Zofingen höchstens mittelfristig profitieren könnte. Aber auch dies soll niemanden stören und ist absolut nicht negativ. Die Zukunft in der Aargauer Gemeindefusionen geht ganz klar in Richtung Zusammenschlüsse und weg von den Gemeindeverbänden mit verschiedenen Gemeindezugehörigkeiten und komplizierten Strukturen. Für die Dynamische Mitte gibt es keinen Grund, welcher gegen die Abklärung der Machbarkeit spricht. Nicht einmal der dazwischen liegende Lindenhügel stört, immerhin haben Zofingen und Uerkheim beinahe 2'000 Meter gemeinsame Grenze. Der Einwohnerrat soll diese Chance packen und vorwärts gehen.

Hr. Michael Wacker greift auf, dass Patricia Kettner vorhin von Zofingern mit Mühlethaler Wurzeln und von Zofingern mit Zofinger Wurzeln gesprochen hat. Er ist ein Zofinger mit Uerkheimer Wurzeln und ist in Uerkheim aufgewachsen.

Vielleicht ebenfalls ein wenig sinnbildlich für ein Fusionsansinnen von Zofingen mit Uerkheim, beziehungsweise Uerkheim mit Zofingen, ist die Tatsache, dass die SP dies bereits vor Jahren vollzogen hat. Die SP-Sektion Zofingen hat vor Jahren mit der SP-Sektion Uerkheim fusioniert und nur gute Erfahrungen gemacht.

Die gesamte SP-Fraktion ist einstimmig der Meinung, dass die Machbarkeitsabklärung durchgeführt werden soll. Sie kann sich auch der Argumentation des Stadtrates voll anschliessen und unterstützt die entsprechenden Anträge für Verhandlungsmandate und Projektkredit einstimmig. Dadurch bietet sich nicht nur Gelegenheit, seriös abzuklären, ob eine Win-Win-Situation entsteht, sondern auch den politischen Boden in beiden Gemeinden für die Diskussion, welche bestimmt gewisse emotionale Aspekte haben wird, vorzubereiten.

Die SP möchte es aber nicht unterlassen, ebenso darauf hinzuweisen, dass im Zusammenhang mit der Machbarkeitsabklärung vielleicht auch über die Grenzen hinaus geschaut werden kann. Im süddeutschen Raum sind zum Beispiel im baden-württembergischen Gemeindegesetz einige interessante Aspekte zum Thema Verwaltungsgemeinschaft, Bezirks- und Gemeindeorganisation enthalten. Dies regt die SP vor allem an, weil Uerkheim offenbar nicht die letzte Gemeinde sein wird, welche bei Zofingen anklopfen und den Zusammenschluss mit einem stärkeren Partner suchen wird.

Wie bereits erwähnt, interpretiert die SP-Fraktion die heutige Vorlage als gegenseitigen Heiratsantrag. Der Sinn der Abklärung soll tatsächlich sein, zu schauen, ob eine spätere Verlobung oder darauf folgende Heirat Sinn macht. Dass sich der Einwohnerrat einem solchen Vorhaben nicht verwehrt, ist offensichtlich eine Selbstverständlichkeit.

Hr. Hansruedi Hauri teilt mit, dass auch die SVP-Fraktion hinter diesem Antrag steht. Sie verlangt für die CHF 100'000.– aber eine detaillierte Aufstellung von Vor- und Nachteilen einer Fusion und insbesondere von allfälligen aufgeschobenen Investitionen in der Gemeinde Uerkheim.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

IV Projektkosten

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, möchte auf die vorherigen Fragen kurz antworten. Der Stadtrat möchte bezüglich Kosten der Abklärungen Transparenz herstellen. Dazu hat er alle Kosten – dazu gehören in einem positiven Fall auch die Vorbereitungskosten für eine eventuelle Abstimmung – aufgelistet. Bei den Zusatzpensen hat sich der Stadtrat, in Absprache mit dem Gemeinderat Uerkheim, für eine interne Projektorganisation entschieden. Interne Projektorganisation heisst, dass der Stadtrat Arthur Senn als Projektleiter der Arbeitsgruppe bestimmen und ihn intern entlasten würde, indem er bei einigen Personen aus seinem Team die Pensen aufstocken würde. Dabei handelt es sich um zusätzlich entstehende Kosten.

Es hätte auch mit einer externen Projektorganisation gefahren werden können. Seit der öffentlichen Bekanntmachung ist beim Stadtammann mehr als ein Angebot oder eine Offerte eingegangen. Der Stadtrat hat sich auch ein wenig schlau gemacht, wie bei anderen Fusionen vorgegangen wird. Die Stadt Aarau hat sich bei der Fusion mit Rohr für eine externe Projektbegleitung entschieden und hat für die gleichen Vorbereitungsarbeiten CHF 165'000.– budgetiert und im Antrag verlangt. Ähnlich wie bei Zofingen, ist dort auch der Aarauer Anteil um einiges grösser als der Rohrer Anteil. Ober- und Unterehrendingen sind ungefähr mit derselben Grössenordnung gestartet und haben CHF 120'000.– beantragt. Mit der Projektüberschreitung von CHF 60'000.– sind sie bei CHF 180'000.– gelandet. Über Projektüberschreitungen wurde heute Abend genügend gesprochen, der Stadtrat möchte dies nicht, deshalb hat er CHF 100'000.– veranschlagt und ist überzeugt, dass er damit durchkommt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. *Der Stadtrat sei – sofern die Gemeindeversammlung Uerkheim den Machbarkeitsabklärungen ebenfalls zustimmt – zu beauftragen, die Auswirkungen eines Zusammenschlusses der Gemeinden Zofingen und Uerkheim zu prüfen und bei positiver Beurteilung der Ergebnisse den entsprechenden Fusionsvertrag auszuarbeiten und anschliessend dem Einwohnerrat vorzulegen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

2. *Für die Machbarkeitsabklärungen und die allfällige Ausarbeitung des Fusionsvertrages sei ein Kredit von brutto CHF 100'000.–, abzüglich Kantonsbeitrag, zu bewilligen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 94**GK 125****Interpellation der SP-Fraktion vom 22. Oktober 2007 betr. „Benutzerfreundliche Schalteröffnungszeiten“ (Begründung und Beantwortung)**

Die Interpellation ist schriftlich begründet, und eine schriftliche Beantwortung des Stadtrates liegt ebenfalls vor.

Hr. Marcel Thüler sowie die SP-Fraktion sind grundsätzlich sehr zufrieden mit der Beantwortung durch den Stadtrat Zofingen. Die Begründung der Interpellation liegt vor. Abends kann man in der Stadt Essen sowie diverse andere Artikel kaufen. Kommt man aber mit dem Zug um 17.26 Uhr in Zofingen an, kann etwas definitiv nicht mehr getan werden, nämlich auf der Stadtverwaltung zum Beispiel einen – wohlgernekt überbeuerten – Stempel einholen. Eigentlich kann sich Marcel Thüler nur nochmals für die gute Beantwortung der Fragen bedanken.

Noch eine kleine Anmerkung: In der Beantwortung steht, dass das genaue Bedürfnis bis jetzt nicht erhoben wurde. Weiter unten steht, dass davon zum Teil reger Gebrauch gemacht wird. Er empfindet dies als Beantwortung innerhalb der Beantwortung und dankt nochmals für die guten Antworten.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hält fest, dass es immer relativ schwierig ist, eine Erhebung durchzuführen und die Leute entsprechend zu fragen. Für den Stadtrat ist es ganz wichtig, dass ein Versuch stattfindet und die Versuchsphase lang genug ist, damit sich die Leute darauf einstellen können. Ebenfalls ist es wichtig, dass dies kombiniert mit den – möglichst verlängerten – Ladenöffnungszeiten der Altstadtgeschäfte erfolgt. Der Stadtrat wird in diese Richtung Gespräche aufnehmen.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen gewünscht.

Art. 95**GK 126****Motion der FDP-Fraktion vom 22. Oktober 2007 betr. Änderung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates (Begründung und Beantwortung)**

Auch hier liegt die schriftliche Beantwortung des Stadtrates vor.

Fr. Patricia Kettner sowie die FDP-Fraktion freuen sich, dass der Stadtrat dazu bereit ist, die Motion entgegenzunehmen. Sie bittet die Einwohnerratsmitglieder, die Motion zu überweisen, damit etwas ändert. Die FDP-Fraktion möchte, dass im Parlament in erster Linie die Parlamentarier zu Wort kommen und der Stadtrat deren Fragen beantwortet. Die Vorlagen sollten eigentlich am Abend der Sitzung bekannt sein, und der Stadtrat muss sie dem Einwohnerrat nicht mehr „verkaufen“. Dies ist eigentlich der Grund für den ersten Teil der Motion.

Der zweite Teil ist ein Detail, aber ein wichtiges. Zunehmend mehr Leute, zumindest in der FDP-Fraktion, arbeiten in Bern. Wenn diese am Montag um 17.30 Uhr in Zofingen sein müssen, müssen sie mitten im Nachmittag aufhören zu arbeiten. Sie ist der Meinung, dass es für alle verkraftbar wäre, in Zukunft um 18.00 Uhr mit den Sitzungen zu beginnen. In diesem Sinne bittet sie darum, die Motion zu überweisen.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hat nichts zu ergänzen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden, lässt die Vorsitzende über die Überweisung der Motion der FDP-Fraktion vom 22. Oktober 2007 abstimmen:

Der Überweisung der Motion wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 96**GK 128****Interpellation der FDP-Fraktion vom 26. November 2007 betr. „Haben Hallensportarten in Zofingen eine Zukunft?“ (Begründung und Beantwortung)**

Die Interpellation ist schriftlich begründet, und eine schriftliche Beantwortung des Stadtrates liegt hier ebenfalls vor.

Hr. Fritz Hirschi hält fest, dass die Mutter dieser Interpellation eigentlich Jolanda Henzmann ist. Sie ist inzwischen nicht mehr im Einwohnerrat, hat aber als ZuhörerIn auf der Tribüne Platz genommen. Er möchte trotzdem einige Faktoren erläutern, welche dazu geführt haben, dass diese Interpellation gestartet wurde. Das eine ist das Projekt „Bewegte Schule“ des AVSS (Aargauer Verein für Sport und Schule), welches gemäss Beantwortung des Stadtrates in Zofingen sehr wenig Resonanz gefunden hat. Er weiss nicht, ob das Projekt zu wenig propagiert wurde oder ob zu wenige Anreize gegeben wurden. Der AVSS fordert vier statt drei Turnlektionen bei den Fünf- bis Zehnjährigen. Dies wird durch das Departement von Regierungsrat Rainer Huber unterstützt. Eigentlich hätte dies auch Einfluss auf die Hallenkapazität. Die vier Stunden sind sicher gerechtfertigt, da man in einer anderen Studie ebenfalls hören konnte, dass ein Fünftel der Schweizer Kinder übergewichtig ist. Es wäre bestimmt nicht schlecht, wenn mehr geturnt würde.

Bei der Frage, ob Zofingen über genügend Hallenkapazität verfüge, war die FDP-Fraktion erstaunt, dass die Schülerzahlen eigentlich nur gering zunehmen, obwohl Zofingen von den umliegenden Gemeinden vermehrt Schüler aufnehmen wird. Für die Vereine möchte die FDP genügend Trainings- und Spielmöglichkeiten schaffen. Insbesondere Trendsportarten haben zunehmende Mitgliederzahlen und sind auf grosse Hallen oder Dreifachhallen angewiesen. Die Mehrzweckhalle ist zu einem grossen Teil nicht verwendbar, und es gibt keine Ausweichmöglichkeiten.

Daneben sind der Fraktion noch zwei Posten aufgefallen: Die Renovation der Turnhalle beim Bezirksschulhaus über CHF 2,1 Mio. Die FDP-Fraktion geht bei dieser Renovation davon aus, dass bei der Einwohnerratsvorlage abgeklärt wird, ob ein Ausbau auf eine Dreifachhalle machbar wäre und was es kosten würde. Und der Budgetposten von CHF 6'000.– für die Sportkoordinationsstelle. Hier liegt wahrscheinlich ein Missverständnis vor, da die FDP nicht davon ausging, dass die Sportkoordinationsstelle ein Sportcoach ist, welcher das Telefon abnimmt und Hallen zuteilt. Sie dachte dabei eher an eine professionelle Stelle, vielleicht vergleichbar mit einem Schulleiter in der Schule. Dies könnte eine Entlastung bringen für den Stadtammann und die Sportkommission.

Nun noch einige Stichworte in Frageform, welche Fritz Hirschi anbringen möchte: Wo bleibt das versprochene Sportkonzept? Wann kommt endlich das Gebührenreglement? Sind die vorhandenen Vergabekriterien noch aktuell?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, entgegnet, dass die Schülerzahlen nicht mehr ansteigen, obwohl Zofingen Oberstufenzentrum im Bildungskleeblatt wird, weil es von der demographischen Entwicklung her gesehen immer weniger Kinder gibt. Dies wäre auch ohne Bildungskleeblatt der Fall gewesen, und massive Einbussen hätten hingenommen werden müssen. Sofern das Bildungskleeblatt, wie es in den Erlassentwürfen aufgeführt ist, umgesetzt wird, verliert Zofingen eine Oberstufenklasse. Nämlich die 6. Klasse, welche neu zu der Primarschule gehört. Diese 6. Klässler und 6. Klässlerinnen bleiben dann bei den Zulieferergemeinden. Dies führt dazu, dass selbst dann, wenn sich Strengelbach, Brittnau, Bottenwil und Uerkheim für Zofingen als Oberstufenstandort entscheiden, Zofingen weniger Schüler haben wird als jetzt. Falls Vordemwald gemäss den letzten Tendenzen nicht dazukommen sollte, wird Zofingen noch einige Schüler weniger haben.

Hat Zofingen genügend Hallenkapazität? Würde man bei den Vereinen anfragen, wäre zu wenig Kapazität vorhanden. Die Wünsche gehen beinahe bis ins Bodenlose. Würde man seitens der Schule eine vierte Turnlektion einführen, würde dies bedeuten, dass die Kapazität der Schulturnhallen um 33 % erhöht werden müsste. Dies würde zwei zusätzliche Hallen benötigen. Eine Stunde mehr Turnen pro Woche über alle Schulklassen hinweg steht nirgendwo zur Diskussion. Nicht einmal das BKS hat dies propagiert, weil es schlicht nicht verkräftbar wäre, auch nicht finanziell. Der Stadtrat verfolgt ein anderes Konzept, er versucht einerseits, den Vereins-sport und andererseits die Bewegung in der Freizeit zu fördern. Bei den Sporthallen ist es in der Tat so, dass mehr und mehr das Bedürfnis nach Dreifachhallen entsteht. Hier muss man sich einfach an die Decke strecken und schauen, was machbar und was wünschenswert ist. In diesem Bereich leistet der Sportcoach nach Meinung des Stadtrates eine sehr gute Koordinationsaufgabe. Nun könnte man sagen, alle, die zusammen in einer grossen Halle trainieren wollen, sollen das dürfen. In diesem Fall muss ganz klar gebaut werden. Nur vom bewegungs-technischen Standpunkt aus gesehen ist es manchmal gar nicht nötig, dass die Halle so gross ist. Wichtig ist, dass jene, welche darin Sport treiben vermehrt umher springen.

Es ist ganz wichtig, dass es mit dem Sportkonzept vorwärts geht. Den Stadtammann regt es ehrlicherweise auch auf, dass das Konzept noch nicht weiter ist. Er will auch nicht Ausreden vorbringen, sondern zwei oder drei Hinweise zu den neuen Fragestellungen machen: Im BZZ besteht eine klar geregelte Abwartsituation, im Bereich Gemeinde- und Bezirksschulhaus ist diese für die späte Turnhallenbenützung nicht geregelt. Pro Turnhalle gibt es einen Abwart, und dieser will nicht, wenn er bereits um 07.00 Uhr auf der Matte steht, um 22.00 Uhr noch die Halle schliessen gehen. Zuerst muss das Abwartskonzept neu organisiert werden, so wie es im BZZ der Fall ist. In der Trinerplatten stehen den Vereinen Räumlichkeiten zur Verfügung. Der Stadtrat wollte diese kostenpflichtig machen, dafür wäre das Gebührenreglement vorgesehen. Gleichzeitig musste er aber zur Kenntnis nehmen, dass es Dutzende von Zofinger Vereinen – aber nicht Sportvereine – gibt, welche im Diriwächterhaus, in der Kustorei und in vielen anderen Räumlichkeiten der Stadt gratis eingenistet sind. Weshalb sollten die Leichtathleten und Fussballer etwas bezahlen müssen, wenn die Funker und Modelleisenbahnler nichts bezahlen müssen. Hier gibt es viel abzuklären. Der Stadtrat will den ganzen Fragenkomplex zusammen erledigen. Aber jedes Mal, wenn er etwas festlegen will, gilt es noch zusätzliche Abklärungen zu treffen. Es soll keine Ausrede sein, sondern die Komplexität aufzeigen.

Das Dreifachhallenkonzept lässt sich bei den bestehenden zwei Turnhallen im Bereich des Bezirksschulhauses schlicht nicht realisieren. Die beiden Hallen werden sauber saniert, und der Rasen wird wettkampff-, beziehungsweise trainingstauglich gemacht, so dass er besser hält als bisher. Dies sind die eingestellten CHF 2,9 Mio. Ist der politische Wille vorhanden, könnte das Projekt einer Dreifachhalle durchaus aufgegriffen werden. Es müsste gemäss Meinung des Stadtrates aber regional sein. Dies wäre zukunftsgerichtet. Der Stadtrat könnte sich vorstellen, mit den beiden Gemeinden Brittnau und Strengelbach, welche ebenfalls Kapazitätsmängel haben, ein Dreifachhallen-Projekt gemeinsam zu realisieren.

Der Stadtammann muss sich für den Sportcoach wehren, obwohl dieser nicht mehr hier ist. Für den Sportcoach wurden 15 Stellenprozent bewilligt. Das Bundesamt für Sport und die Stadt Zofingen beteiligen sich mit je CHF 6'000.– pro Jahr daran. Die Aufstockung von 0 auf 15 % muss momentan aus schlicht finanziellen Überlegungen ausreichen. Der Stadtammann, als Ressortvorsteher Sport, würde eine 40 %-Stelle begrüssen. Der Stadtrat hat dies aus finanziellen Überlegungen abgelehnt. Bei der Koordinationsaufgabe wurden Verbesserungen erzielt, und mittlerweile ist eine professionelle Vergabe möglich. Würde aber die Möglichkeit bestehen, dies im Bereich der Animation auszubauen, würde der Stadtammann jubilieren.

Trotz mangelnden Kapazitäten wird Zofingen am Projekt „Schweiz bewegt“ teilnehmen, dies beim Teil „Fit für die EM“. Der Stadtammann bittet den Einwohnerrat, das Training bereits jetzt aufzunehmen. In der ersten Mai-Woche ist eine Fitnesswoche vorgesehen.

Hr. Fritz Hirschi ist mit den Antworten des Stadtammanns zufrieden.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen gewünscht.

Art. 97**GK 129****Interpellation der CVP-Fraktion vom 26. November 2007 betr. Unterführung Strengelbacherstrasse (Begründung und Beantwortung)**

Fr. Irma Jordi dankt dem Stadtrat für die sehr umfassende Beantwortung der Interpellation. Über diese leidige Geschichte wurde bereits sehr viel geschrieben und geredet, sie zieht sich schon über Jahrzehnte hinweg. Sie erachtet es aber als sehr wichtig, dass die Bevölkerung einmal mehr über den Stand der Dinge informiert wird. Irgendwie hat man immerzu das Gefühl, es passiere bald etwas, und doch passiert wieder nichts. Mit dem Zeithorizont 2011 ist sie natürlich nicht zufrieden, es geht ihr zu langsam. Gemäss Beantwortung kann aber nicht gross darauf Einfluss genommen werden. Sie möchte den Stadtrat dazu ermuntern, am Ball zu bleiben und die Projektierungsarbeiten verschärft voranzutreiben, damit, wenn gebaut werden kann, wirklich damit begonnen wird.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hält fest, dass der Stadtrat mit dem Zeithorizont 2011 ebenfalls nicht zufrieden ist. Der Baudirektor muss, wenn er den Spatenstich ausführen will, noch einige Jahre bleiben. Momentan geht es darum, durch Projektoptimierungen die ersten Kostenberechnungen reduzieren zu können. Je weniger der Schienenverkehr beeinträchtigt wird, desto günstiger. Aus städtebaulichen Gründen wird der Ast Strengelbacherstrasse, welcher in die Luzernerstrasse führt, aufgehoben. Bei der Güterstrasse gilt es verschiedene Probleme zu lösen, wie zum Beispiel die Einfahrt in die Frikartstrasse und in das Parkhaus. Gleichzeitig wird ganz grossen Wert darauf gelegt, dass der Velo- und Fussgängerverkehr seinen Raum findet.

Der Stadtammann erläutert die Sachlage anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche diesem Protokoll als Anhang beigefügt wird.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen gewünscht.

Art. 98**Umfrage**Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Fr. Irma Jordi liest am Montagmorgen im Geschäft immer das Amtsblatt des Kantons Aargau. Darin schaut sie jeweils, wie viele Abschreibungen die Firma tätigen muss, weil Firmen inzwischen Konkurs sind. Es stehen aber auch noch viele andere interessante Sachen drin. Folgendes würde sie ganz spezifisch interessieren: Der Grosse Rat hat morgen Sitzung, und Mitglieder für die Schätzungskommission werden gewählt. Vorgeschlagen wird Werner Ryter von Schöftland. Sie nimmt an, dass es sich dabei um den Chef Bauverwaltung von Zofingen handelt. Hat Herr Ryter Zeit, ein solches Amt anzunehmen? Gäbe es nicht einen Haufen anderer Probleme zu lösen in Zofingen, vor allem in der Bauverwaltung?

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, ist der Meinung, dass man diese Frage durchaus stellen darf. Der Aufwand der Schätzungskommission ist nicht unermesslich. Herr Ryter hat sich nach Rücksprache und im Einverständnis mit dem Stadtrat für eine Kandidatur entschieden. Selbstverständlich finden solche Verpflichtungen von Kadermitarbeitern der Stadtverwaltung zu Lasten der Freizeit, und nicht der Arbeitszeit, statt. Der Stadtrat ist der Meinung, dass ausserberufliche Tätigkeiten durchaus auch positive Rückwirkungen auf die Arbeit der Stadtverwaltung haben können. Deshalb ist er grundsätzlich positiv eingestellt, wenn sich Kaderleute bei solchen Möglichkeiten engagieren.

Fr. Anne-Käthi Kremer hält fest, dass Anita Bolliger an der letzten Einwohnerratssitzung gefragt hat, wie es mit den schwarzen, am Boden montierten Autostoppnern beim Parkplatz des Stadthauses Hintere Hauptgasse aussieht. Ob diese wirklich notwendig seien. Bereits mehrere Passanten sind darüber gefallen, und insbesondere in der Dunkelheit sind diese schlicht nicht erkennbar. Leider weiss Anne-Käthi Kremer nicht mehr, was der Stadtrat geantwortet hat, da der Einwohnerrat das Protokoll bekanntlich noch nicht erhalten hat. Deshalb stellt sie diese Frage nochmals. Inzwischen ist auch ihre Mutter darüber gefallen und hat eine unsanfte Landung hingelegt. Am letzten Samstag musste Anne-Käthi Kremer zudem zusehen, wie eine ältere Frau ebenfalls darüber gestolpert ist. Wie viele Personen müssen noch darüber straucheln und sich verletzen, bis der Stadtrat etwas unternimmt?

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, entgegnet, dass er sehr leger sagen könnte, man müsse nicht gleich der Hausfassade nachschleichen. Da die Autostopper sehr nahe an die Fassade angebracht sind, würde man nämlich nicht darüber straucheln. Aber er ist gerne bereit, mit der Bauverwaltung zu schauen, ob die Autostopper tatsächlich entfernt werden können und sollen. Der Grund, weshalb sie dort angebracht sind, ist, dass die Fassade geschont werden soll. Ob sie tatsächlich beeinträchtigt wird, wenn die Schwelle nicht vorhanden ist, weiss er nicht. Aber das Anliegen wird aufgenommen.

Schluss der Sitzung: 20.08 Uhr

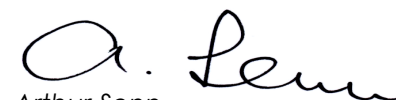
Für getreues Protokoll:

DIE RATSPRÄSIDENTIN



Käthi Hagmann

DER PROTOKOLLFÜHRER



Arthur Senn

Anhang

- PowerPoint-Präsentation Unterführung Strengelbacherstrasse K233, Bauphasen